



Aktueller Begriff Europa

Das Programm der estnischen EU-Ratspräsidentschaft 2017

Für die zweite Jahreshälfte 2017 übernahm Estland am 1. Juli 2017 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union (EU-Ratspräsidentschaft) von Malta. Estland beginnt damit eine neue Trio-Ratspräsidentschaft der Länder Estland, Bulgarien und Österreich, die den Zeitraum Juli 2017 bis Dezember 2018 umfasst. Die drei Staaten haben ein gemeinsames Programm vereinbart mit Schwerpunkten in den Bereichen Wirtschaft, Bildungs- und Sozialpolitik, Klimaschutz, Sicherheits- und Rechtspolitik sowie Außenpolitik. In diesem Rahmen will die estnische Ratspräsidentschaft unter dem Motto „**Einigkeit durch Gleichgewicht**“ sicherstellen, dass die EU geeint und maßgebend bleibt. Für ihre Arbeit hat sich die estnische Ratspräsidentschaft **vier Schwerpunkte** gesetzt: eine offene und innovative Wirtschaft, ein digitales Europa und Datenfreizügigkeit, ein sicheres und geschütztes Europa, sowie ein inklusives und nachhaltiges Europa.

Im Hinblick auf das **Ziel einer offenen und innovativen europäischen Wirtschaft** strebt Estland Fortschritte bei den Verhandlungen zum Dienstleistungspaket, hier insbesondere zur elektronischen Dienstleistungskarte, zu den sog. Benachrichtigungsverfahren und zur Einführung einer Verhältnismäßigkeitsprüfung vor Erlass neuer Berufsreglementierungen an. Mit Blick auf Unternehmensgründungen sollen Formalitäten für Unternehmen vereinfacht und die Möglichkeiten digitaler Technologien optimal genutzt werden. Hierbei möchte Estland die Diskussionen zu Entwicklungen im Gesellschaftsrecht aktiv vorantreiben. Mit Blick auf das Wachstumsniveau privater und öffentlicher Investitionen soll das Mandat für den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) ausgeweitet werden. Zudem will sich die neue Ratspräsidentschaft für eine funktionierende Bankenunion und Kapitalmarktunion einsetzen. Hierfür sollen einerseits die Vorschläge zur Festlegung gemeinsamer Regelungen für einen stabilen und belastbaren Bankensektor weiterentwickelt werden. Andererseits sollen Schritte zur Stärkung des Kapitalmarkts und zur Beseitigung von Einschränkungen des freien Kapitalverkehrs vorgestellt werden. Im Bereich der Steuerpolitik will Estland die Verhandlungen über ein endgültiges grenzüberschreitendes Mehrwertsteuersystem aufnehmen und die Mehrwertsteuer u.a. im Bereich des E-Commerce modernisieren. Zur Gewährleistung eines fairen wirtschaftlichen Wettbewerbs sollen Regelungen zur Verhinderung von Steuerumgehungen angestoßen werden. Im Rahmen der europäischen Energieunion will Estland das Ziel einer offenen und innovativen europäischen Wirtschaft durch die Entwicklung gemeinsamer Energie-, Klima-, Umwelt- und Wirtschaftsstrategien fördern und einen Beitrag zur Entwicklung von Energiemärkten, einschließlich der Integration der europäischen Energiesysteme und -märkte, leisten. In Bezug auf

Nr. 05/17 (14. Juli 2017) © 2017 Deutscher Bundestag

Verfasser: ORR Hannes Rathke, RRef Daniel Klukas

Fachbereich Europa (PE 6), Telefon: +49 30 227-33614, vorzimmer.pe6@bundestag.de

Die Wissenschaftlichen Dienste und der Fachbereich Europa des Deutschen Bundestages unterstützen die Mitglieder des Deutschen Bundestages bei ihrer mandatsbezogenen Tätigkeit. Ihre Arbeiten geben nicht die Auffassung des Deutschen Bundestages, eines seiner Organe oder der Bundestagsverwaltung wieder. Vielmehr liegen sie in der fachlichen Verantwortung der Verfasserinnen und Verfasser sowie der Fachbereichsleitung.



den EU-Haushalt und die europäischen Förderprogramme möchte die Präsidentschaft Diskussionen zur Vereinfachung von Forschung und Innovationsinstrumenten, über das künftige Rahmenprogramm für grenzüberschreitende Infrastrukturinvestitionen, zur Vereinfachung der EU-Haushaltsordnung und zur Planung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens einleiten. Im Bereich des Außenhandels will sich der Ratsvorsitz für den Beginn von Verhandlungen über neue Freihandelsabkommen und die Fortsetzung und den Abschluss fortlaufender Verhandlungen einsetzen.

Mit der Stärkung des Binnenmarktes sind die **Ziele eines digitalen Europas und der Datenfreizügigkeit** verbunden. Die Präsidentschaft möchte hierzu sowie zur Frage weiterer Maßnahmen zur Stärkung der Datenwirtschaft eine Debatte eröffnen. Zur Förderung eines digitalen Binnenmarktes will sich Estland auf die Entwicklung des grenzübergreifenden E-Commerce und von E-Services konzentrieren. Dies betrifft u.a. die Verhandlungen zum Vertragsrechtspaket, die Reform des Urheberrechts sowie Erneuerungen im Bereich audio-visueller Mediendienste. Zudem beabsichtigt Estland, eine Debatte über die Lösungsansätze zur Erlangung eines effizienten E-Governments in der EU anzustoßen, die in eine Tallinner Erklärung zum E-Government einfließen.

Im Hinblick auf das **Ziel eines sicheren und geschützten Europas** will die estnische Ratspräsidentschaft insbesondere die Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten stärken, u.a. durch die Einführung moderner IT-Lösungen eine Kontrolle und Überwachung der EU-Außengrenzen verbessern und so die Sicherheit im Schengen-Raum fördern. Hierfür strebt sie Einigungen über ein Europäisches Einreise-/ Ausreisensystem für Grenzübergänge von Drittstaatsangehörigen bzw. über ein Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS) an. Zudem sollen das Schengener Informationssystem modernisiert, das Europäische Strafregisterinformationssystem verbessert und die Informationsaustauschsysteme dialogfähiger werden. Im Bereich der strafrechtlichen Kooperation soll die Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalität u.a. durch eine verbesserte Verfügbarkeit und Verarbeitung von elektronischen Beweismitteln gestärkt werden. Estland setzt sich eine effektivere Migrationspolitik zum Ziel und möchte die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vorantreiben. Außenpolitisch will die estnische Ratspräsidentschaft die Ziele der Europäischen Nachbarschaftspolitik fortsetzen, die Länder der östlichen Partnerschaft unterstützen und die Partnerschaften mit den Staaten in Afrika, Lateinamerika und der Karibik stärken. Im Bereich der Europäischen Verteidigungszusammenarbeit strebt der Ratsvorsitz an, die militärischen Fähigkeiten der EU-Mitgliedstaaten verbessern und Diskussionen zur stärkeren Kooperation unterstützen zu helfen, um u.a. der Bedrohung durch hybride und Cyberangriffe besser begegnen zu können.

Der vierte Schwerpunkt betrifft die Weiterentwicklung eines **inklusiven und nachhaltigen Europas**. Hierfür will sich die estnische Ratspräsidentschaft auf die Modernisierung der Bildung und des Arbeitsmarktes konzentrieren und u.a. Debatten über ein Gleichgewicht zwischen Arbeits- und Privatleben sowie über bessere Möglichkeiten für Menschen mit Behinderungen und ihre Teilnahme am gesellschaftlichen Leben anstoßen. Estland strebt zudem eine Modernisierung der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit in der EU und erfolgreiche Verhandlungen zur Regulierung der Entsendung von Arbeitnehmern an. Im Bereich der Umweltpolitik bekräftigt der Vorsitz die Verpflichtungen aus dem Übereinkommen von Paris und betont die Modernisierungserfordernisse im Hinblick auf Fragen der Energieeffizienz und der Kreislaufwirtschaft.

Der estnischen Ratspräsidentschaft folgt ab dem 1. Januar 2018 die EU-Ratspräsidentschaft von Bulgarien.

Quellen: Programm der estnischen Ratspräsidentschaft abrufbar unter <https://www.eu2017.ee/sites/default/files/2017-07/EU2017EE%20Programme%201.pdf>; Programm der Trio-Ratspräsidentschaft abrufbar unter <https://www.eu2017.ee/de/programm-der-dreierpraesidentschaft>